

Will das Militär mit den Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeiten?

Mulyana W. Kusuma ist ein in Indonesien bekannter Kriminologe. Neben seiner Tätigkeit als Dozent an der Universitas Indonesia in Jakarta arbeitet er als Exekutivdirektor der YLBHI (Stiftung der Rechtshilfseinstitute Indonesiens), dem er seit ihrer Gründung angehört. In dieser Zeit war er vor allem im Bereich der Bildung aktiv, um in der indonesischen Bevölkerung ein Bewußtsein für Demokratie und Menschenrechte zu entwickeln.

Frage: Wenn wir über die strukturellen Veränderungen sprechen, müssen wir auch über die lokalen Phänomene der Demokratisierung sprechen. Wie weit ist die Position der Massen in diesem Punkt entwickelt? Denn wir wissen, daß sich Teile der Bevölkerung dieser Frage sehr bewußt sind, andere sind eher indifferent und eine dritte Gruppe verhält sich nur aggressiv, weil sie keine klare Ausrichtung hat. Auf der anderen Seite hat Präsident Suharto gesagt, daß die indonesische Demokratie keine westliche, europäische Demokratie mit den in den USA und anderswo geltenden Menschenrechten sei. Was für eine Vorstellung haben Sie und Ihre Freunde über eine indonesische Demokratie? Gibt es schon ein Konzept dafür, wie die Demokratie auf indonesische Verhältnisse angewendet werden kann?

Antwort: Wir müssen den Kern der Äußerungen erkennen. Als erstes müssen die Funktionen der bereits bestehenden demokratischen Institutionen wie Volksversammlung (MPR) und Parlament (DPR)¹ gestärkt werden. Als zweites müssen die Kontrollmöglichkeiten der Bürger gegenüber dem Staat erweitert werden. Dies kann durch verschiedene institutionalisierte Formen der Partizipation realisiert werden. Aber es ist unmöglich, diese beiden Ziele zu erreichen, weil zu diesem Zweck der "Politische Konsens" in Indonesien, der seit dem Beginn der Neuen Ordnung konstruiert wurde, überprüft werden mußte. Wie wir wissen, betrifft dieser "Politische Konsens" zuallererst die Verteilung der Macht zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Kräften, die am Aufbau der Neuen Ordnung beteiligt waren, und zum zweiten die inhaltliche Gestaltung dieser demokratischen Institutionen. Ein Beispiel ist die



Mulyana W. Kusumah aus: BIAS, 1,2 (1994), S. 1

sog. Vereinfachung der Partei in den Jahren 1969–1971.² Eine solche Übereinstimmung muß heute in Frage gestellt werden. Ist sie noch relevant, um die politischen Forderungen unserer Zeit zu vertreten, die zunehmend keine Plattform mehr finden? Die heutigen politischen Forderungen kann man in den Formen verschiedener Interessensverbände und politischer Aktionsformen erkennen, seien es Studentenaktionen oder ähnliche Demonstrationen. Aber diese Formen stoßen auf kein angemessenes politisches Forum.

Deshalb wiederhole ich noch einmal: An erster Stelle steht die Stärkung der demokratischen Institutionen, als zweites müssen die Informations- und Kontrollmöglichkeiten der Bürger gegenüber dem Staat entwickelt werden. Diese beiden Ziele können nur erreicht werden, wenn der "Politische Konsens" der Neuen Ordnung überprüft wird.

Aus dem Beispiel ergibt sich die Notwendigkeit zur Überprüfung dreier formeller sozialer und politischer Kräfte, da diese nicht mehr die politischen Ziele der Gesellschaft vermitteln können. Diese Forderungen werden heutzutage eher durch den Einsatz der Nichtregierungsorganisationen oder durch Demonstrationen der Studentenverbände in die Öffentlichkeit gebracht. Meiner Meinung nach machen zwei wichtige Punkte den Kern der Demokratie aus: Demokratische Institutionen, d.h. ein demokratisches Regierungssystem, gesellschaftliche Kontrolle durch eine Institutionalisierung politischer Teilhabe. Die Kernfrage lautet, wie politische Potenzen als Interessensverbände entwickelt werden können, die durch angemessene politische Institutionen verkörpert werden.

Sollten in der gegenwärtigen konkreten Situation die Einrichtungen der Demokratisierung eher in Richtung auf die Regierungsorgane wie MPR/DPR ausgerichtet sein oder auf Institutionen der politischen und demokratischen Partizipation der Bürgergesellschaft (civil society)?

Meiner Ansicht nach muß beides parallel geschehen. Denn es ist unmöglich, die demokratischen Potentiale in einer selbständigen, unabhängigen und organisierten Weise zu entwickeln, wenn die Spielregeln über die Funktionen und Rollen in der Demokratie nicht verändert werden. Um nur ein Beispiel zu nennen: In verschiedenen Ländern gibt es wichtige, unterschiedliche Mechanismen, um politische Vorgänge durch staatliche Korporation zu kontrollieren. Der Mechanismus des korporativen Staates bedeutet zunächst eine Ausschaltung der Massen von formalen Entscheidungsprozessen. Ein zweites Mittel ist die politische Kooptierung zur Stützung des Staates. Die Veränderung muß sich auf zwei Ebenen vollziehen: auf der rechtlichen und der strukturellen Ebene. Es muß ein Wandel der subjektiven und der objektiven Bedingungen stattfinden.

Wir haben jetzt den Punkt der Geschichte erreicht, an dem die Strategie politischer Kontrolle, die der Staat der Neuen Ordnung bisher entwickelt und angewendet hat, sich als untauglich erweist, den politischen Entwicklungen zu begegnen.

Vielleicht können Sie ein konkretes Beispiel für die Unfähigkeit dieser Strategie politischer Kontrolle anführen.

Ein Beispiel ist das Gesetz gegen Subversion, das in den vergangenen Jahrzehnten so wirksam gewesen ist, um gegen unliebsame politische Aktivitäten vorzugehen. In den vergangenen zwei Jahren ist es kaum noch angewandt worden. In den Verfahren gegen Studentenaktivisten wurden anstatt dieses Subversionsgesetzes andere Bestimmungen des

Strafgesetzbuches eingesetzt. Die Regierung erhofft sich von der Anwendung anderer Straftatbestände wohl, daß sie die gleiche politische Dimension und Wirkung haben, wie das Subversionsgesetz sie hatte, nämlich eine Erniedrigung und Stigmatisierung des betroffenen Angeklagten. Aber die Situation heute hat sich gewandelt. Wenn heute jemand einen politischen Prozeß bekommt, gewinnt er dadurch bei der breiten Bevölkerung Ansehen und politische Reputation. Deswegen flankiert die Regierung ihr altes repressives Vorgehen durch eine sogenannte Strategie zur Wiederherstellung der Legitimität.

im Hinblick auf diese Problematik entziehen können.

Im Zusammenhang mit der Menschenrechtskonvention von Wien hat die Regierung Indonesiens eine Erklärung abgegeben, daß das westliche und das indonesische Menschenrechtskonzept sehr unterschiedlich seien. Aber ist nicht gerade die Konzipierung der Nationalen Kommission für Menschenrechte an die Konvention von Wien angelehnt?

Das ist richtig, weil es auf der operativen Ebene zutrifft. Aber wie dem auch sei, schon vorher gab es Kritik und Korrekturen am KOMNAS, weil die Kom-

den Nichtregierungsorganisationen zu ähnlichen Debatten kommen oder möglicherweise innerhalb der NROs selbst? Und wie sehen Sie im Rahmen der Menschenrechte die Stellung der Armee gegenüber den NROs und gegenüber der Republik und umgekehrt die Haltung der NROs gegenüber dem Militär und der Republik? All dies unter dem Aspekt betrachtet, daß beide als gleichwertige politische Faktoren jetzt die Menschenrechte verfechten.

Zunächst muß man beachten, daß das Militär von heute nicht mehr der Armee von 1945 oder der Armee, die die Neue Ordnung errichtet hat, entspricht. Wir müssen das Militär als eine sich wandelnde Institution ansehen, obwohl die Miliärdoktrinen möglicherweise noch die alten sind. Aber auf Grund von äußerem Druck und inneren Notwendigkeiten verändert sich die Funktion und die Rolle der Armee und muß aus dieser Perspektive der Dynamik heraus beurteilt werden. Das ist das erste.

Zum zweiten müssen wir immer realistisch bleiben. Welche Veränderungen auch immer sich in diesem Land vollziehen, wir müssen doch immer die Rolle, den Einfluß und die Macht der Armee in Rechnung stellen. Ich denke, die Armee ist auf der einen Seite dynamisch, auf der anderen Seite wird sie ein entscheidender Machtfaktor bleiben. Als eine dynamische Institution kann sich die Armee an die äußeren Veränderungen, die sozialen Forderungen u.ä. anpassen. Aber als

Machtfaktor wird sie sich nicht ohne weiteres soweit verändern, daß sie die Hebel der politischen Macht verläßt, die sie bisher in der Hand gehalten hat.

Was die Haltung des Militärs gegenüber den NROs angeht, denke ich, daß es sich um ein Problem der politischen Kommunikation handelt, die nicht funktioniert, so daß es an einigen Orten repressive Maßnahmen gegenüber NROs gibt, zumindest aber Verdächtigungen, Vorurteile und dergleichen. Ich glaube, die Kommunikation zwischen Armee und NROs ist ein sehr wichtiges Problem.

Den NROs als einem Faktor interner Dynamik, die für die Weltöffentlichkeit auf der objektiven Ebene inzwischen einen Status besitzen, kommt vor allem im Prozeß der Demokratisierung eine ganz bestimmte Rolle zu. Darüber hinaus können sie als ein subjektiver Faktor, wie das Militär auch, als die dynamischsten Kräfte im heutigen Indonesien charakte-



Agum Gumelar, Kommandant der Sondereinsatztruppe Kopassus; Faisal Tanjung, Oberkommandierender der Streitkräfte; Wismoyo Arlismunandar, Generalstabschef
aus: Tempo v. 4.7.94, S. 31

Ein Aspekt dieser Strategie ist beispielsweise die Berufung der Nationalkommission für Menschenrechte (KOMNAS HAM) im Juni 1993, nachdem die Regierung etwa ein Jahr lang (seit 1992) über die Konzeption und die ideologische Begründung von Menschenrechten nachgedacht hat. Auf der einen Seite ist mit dieser Strategie zur Wiederherstellung der Legitimität sicherlich die Überlebensfähigkeit des Regimes der Neuen Ordnung ein Stück weit gewachsen. Auf der anderen Seite verursacht diese Strategie aber auch weitgehende Konsequenzen. Durch sie wird die öffentliche Debatte über Menschenrechte stärker werden und aktuelle Menschenrechtsverletzungen lassen sich schwieriger verheimlichen. Die ganze Problematik der Menschenrechte wird transparenter werden und nicht mehr dem Intrigenspiel ausgeliefert sein. In der Folge wird sich auch der Sicherheitsapparat immer schwerer der Beobachtung

mission, da sie ja unabhängig arbeiten sollte, sich auch solchen Fällen zuwenden mußte, die schon in der Öffentlichkeit diskutiert wurden. Ausgangspunkt für die Kommission muß der Maßstab der breiten Bevölkerung sein. Den kann sie nicht außer acht lassen.

In letzter Zeit wurde sehr häufig über Meinungsverschiedenheiten, Polemiken und Konflikte berichtet, die sich durch fast alle gesellschaftlichen Schichten ziehen: in der Gruppe der pensionierten Generäle, die in der Vergangenheit eine wichtige politische Entscheidungsfunktion hatten, in der Gruppe der Intellektuellen, bei den politischen Parteien bis hin in die Sultansfamilien. Haben nicht diese Debatten, wenn man sie genau untersucht, alle ihren Ausgangspunkt in den unterschiedlichen politischen Interessen? Angenommen, diese Vermutung ist richtig, kann es dann auch in den Beziehungen zwischen dem Militär (ABRI) und

risiert werden. *Allerdings unterscheiden sie sich in ihren Organisationsmerkmalen sehr wesentlich: auf der einen Seite das durchorganisierte und stabile Militär und auf der anderen Seite die unorganisierten NROs, voller Konflikte und unterschiedlicher Aktionsformen. Es gibt karitative Organisationen, die sich um arme Kinder oder AIDS-Opfer kümmern, es gibt kulturell, ökologisch und politisch ausgerichtete Gruppen, die sich gegenwärtig mit dem Thema der Menschenrechte befassen. Welche Vision haben Sie, wenn Sie die Situation betrachten, in der diese objektiv vorhandenen Machtfaktoren mit so unterschiedlicher innerer Struktur in der indonesischen Politik agieren?*

Man kann feststellen, daß diese beiden Machtfaktoren unterschiedlichen Tendenzen unterworfen sind. Auf der einen Seite bemüht sich das Militär, sich an die sozialen Veränderungen anzupassen. Auf der Seite der NROs können wir beobachten, daß die karitativen Organisationen in den Augen der Bevölkerung langsam, aber sicher ihre spezifischen Merkmale verlieren, weil sie als eine Verdoppelung der staatlichen Bürokratie wahrgenommen werden.

Es gibt zur Zeit sichtbare, aber noch nicht erfolgreiche Bemühungen um eine Konsolidierung auf der konzeptionellen Ebene. Ein Beispiel dafür ist INFID.³ In naher Zukunft wird es einen Zusammenschluß der NROs für Demokratie geben, um die im Bereich der *advocacy*-Arbeit tätigen NROs zu stärken. Dies sind Anzeichen einer zunehmenden Konsolidierung der NRO-Bewegung.

Aber wie weit geht die Beziehung zwischen NROs und Militär? Gibt es eine Tendenz, sich gegen die objektive Macht zu wenden, da beide eigentlich parallele Vorstellungen haben? Oder sollte man sie von ihrer subjektiven Funktion aus betrachten, aus der heraus sie sich gegenseitig verdächtigen?

In diesem Zusammenhang bin ich nicht der Meinung, daß einerseits das Militär homogen ist und am gegenwärtigen politischen Status quo festhält, und andererseits die NROs heterogen sind und sich gegen diesen Status quo wenden. Ich würde die beiden Machtfaktoren nicht so kategorisieren. Ich glaube, auch im Militär gibt es Menschen, die weit vorausschauend denken, z.B. sind einige junge Offiziere in strategisch wichtigen Positionen der Auffassung, daß das Militär nicht länger ein repressives Instrument sein sollte. Gleichzeitig gibt es bei den NROs Vertreter, die in konservativen Gedanken gefangen sind.

Gibt es eine Möglichkeit für ein Zusammengehen von Militär und NROs im Sinne eines gemeinsamen Vorgehens, um diese verfahren Situation zu verändern?

Ich glaube, daß dies wesentlich von dem bereits angesprochenen Problem der politischen Kommunikation zwischen den beiden Lagern abhängt. Außerdem gibt es bei beiden Übereinstimmungen in den Vorstellungen über den Wandel. Man könnte also sagen, wenn sie ähnliche Ansichten zu einem Problem haben, können sie möglicherweise auch zusammen arbeiten.

Als Aktivist in einer NRO: Wie groß schätzen Sie die Möglichkeit ein für die Zusammenarbeit zwischen Militär und NROs?

Diese Frage kann ich nur schwer beantworten. Ich habe gerade gesagt, daß es einige junge Offiziere in strategisch wichtigen Rängen gibt, die der Auffassung sind, das Militär solle nicht nur Repressionsinstrument sein. Aber ob diese Aussage eine einheitliche Sicht der Dinge in der Institution des Militärs widerspiegelt, ist noch fraglich.

Im Grunde hat die vorige Frage einen Bezug zum "gegenseitigen Interesse" an einer Veränderung der gegenwärtigen sozial-politischen Situation in Indonesien. Ist es zum Beispiel vorstellbar, daß das Militär und die NROs einen gleichberechtigten Dialog miteinander führen? Für die NROs ist dies doch wahrscheinlich einfacher, weil sie in keine Hierarchie eingebunden sind, während es möglicherweise für die Militärs ganz anders aussieht. Wie schätzen Sie dies ein?

Ich habe gerade gesagt, daß es dynamische Tendenzen innerhalb des Militärs gibt, den gesellschaftlichen Veränderungen zu folgen. Auf der anderen Seite muß man auch ganz einfach davon ausgehen, daß das Militär auch weiterhin eine starke und zufriedenstellende Machtposition im politischen System Indonesiens besitzen will. Aber diese Machtposition wird nicht legitimiert sein, wenn das Militär sie sich selber schafft. Um dieses Interesse zu legitimieren, bedarf es einiger ziviler Persönlichkeiten, die an der Macht beteiligt sind. Wenn man sich den gegenwärtigen "Lageplan" ansieht, hat das Militär ein Interesse daran, daß zivile Politiker auftreten, die sich auf seine Seite stellen und mit ihm gemeinsam auch den Wandel vollziehen. Denn wenn es in den Überlegungen des Militärs keinen Platz für eine Rolle der zivilen Kräfte gibt oder diese sogar verneint wird, wird es keine Legitimation geben.

Es ist also durchaus realistisch anzunehmen, daß das Militär ein Interesse an einem angesehenen und politisch einflußreichen Zivilpolitiker hat. Ohne diesen haben die Offiziere keine Legitimation, alleine als Kontrolleure der Macht aufzutreten. Deshalb ist es für diesen einen Punkt vorstellbar, daß es zu einem Dialog auf der Basis eines "gegenseitigen Interesses" kommt.

Das Interview erschien im zweiten Heft (Mai 1994) der neugegründeten, indonesischen Zeitschrift BiAS (dt.: Reflex), S. 1-6. Herausgeber ist der NRO-Aktivist aus Solo, Mitteljava, Didi Siswapriata. Übersetzung aus dem Indonesischen und Anmerkungen von Klaus H. Schreiner.

Anmerkungen

- 1) Majelis Permusyawaratan, Dewan Perwakilan Rakyat
- 2) Auf Druck des Regimes mußten sich alle islamischen Parteien zur Partai Persatuan Pembangunan (PPP) und alle nationalistischen und christlichen Parteien zur Partai Demokrasi Indonesia (PDI) zusammenschließen.
- 3) International NGO Forum on Indonesian Development

Neuerscheinung!

Conflicts on Environment and Development in Indonesia

Konflikte um Umwelt und Entwicklung in Indonesien

Eine englischsprachige Quellensammlung

Zusammengestellt von der Südostasien Informationsstelle Bochum

1994

24 Artikel auf 152 Seiten A4
Preis DM 20,- + Porto/Verp.

Bezug:
Südostasien Informationsstelle
Josephinenstr. 71
44807 Bochum
Tel 0234 - 502748
Fax 0234 - 502788
Konten:
Postbank Dortmund 1748-460
Spk. Bochum (BLZ 43050001) Nr. 30302491